Haushalts- und Finanzausschuß
69. Sitzung

06.12.1989
rp-mm

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Beratungen bemerkt der Vorsitzende, die heutige Sitzung sei erforderlich geworden, weil die Landesregierung mit der Drucksache 10/4970 vom 1. Dezember 1989 eine Zweite Ergänzung zum Haushaltsgesetz und zum Gemeindefinanzierungsgesetz vorgelegt habe.

Zu 1: Gemeindefinanzierungsgesetz 1990

Der Vorsitzende trägt vor, da die Landesregierung den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes mit der Drucksache 10/4970 - ausgegeben am 4. Dezember 1989 - sowie der Vorlage 10/2554 nach der Beschlußfassung des Haushalts- und Finanzausschusses am 30. November 1989 ergänzt habe und diese Ergänzungen zum Teil im Widerspruch zu den Beschlußempfehlungen in der Drucksache 10/4900 stünden, müsse heute geklärt werden, was dem Landtag zur zweiten Lesung des Gemeindefinanzierungsgesetzes empfohlen werden solle. Ein diesbezüglicher Antrag der SPD-Fraktion liege schriftlich vor (siehe Anhang zu Drucksache 10/4976).

Finanzminister Schleußer erklärt, die Landesregierung habe gegen den Vorschlag der SPD-Fraktion, die in § 17 Abs. 6 (neu) GFG vorgesehenen 132,7 Millionen DM dort zu streichen und sie der allgemeinen Schlüsselmasse zuzuschlagen, keine Bedenken.

Abg. Schauerte (CDU) erklärt, auch die CDU-Fraktion habe beantragen wollen, die für den Ausgleichsstock vorgesehenen 132,7 Millionen DM zur Erhöhung der Schlüsselzuweisungen zu verwenden. Sie stimme dieser Umschichtung also zu.

Abg. Trinius (SPD) weist darauf hin, daß der Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion vom Städtetag Nordrhein-Westfalen unterstützt werde, wie aus der Zuschrift 10/3164 hervorgehe.

Er erläutert sodann, daß sich der Änderungsvorschlag der SPD zu § 7 GFG auch auf § 4 Abs. 3 GFG auswirke, wo die Zahl "68 300 000 DM" durch die Zahl "38 300 000 DM" und die Zahl

Haushalts- und Finanzausschuß
69. Sitzung

06.12.1989
rp-mm

"515 000 000 DM" durch die Zahl "545 000 000 DM" ersetzt werden müsse.

Gegen die Absicht der SPD-Fraktion, im § 4 Abs. 3 die Investitionspauschale nach § 24 Abs. 1 um 30 Millionen DM auf 38,3 Millionen DM zu kürzen, wendet sich Abg. Schauerte (CDU). Eine weitere Befrachtung des Kraftfahrzeugsteuerverbundes werde von seiner Fraktion abgelehnt. - Auf den Einwand des Finanzministers Schleußer, daß der Haushalts- und Finanzausschuß diese 30 Millionen DM bereits den Zuweisungen nach § 25 GFG zuge schlagen habe, erwidert Abg. Schauerte (CDU), seine Fraktion werde für diese 30 Millionen DM einen Deckungsvorschlag beim Einzelplan 14 machen.

Abg. Trinius (SPD) vertritt - unterstützt vom Vorsitzenden und vom Abg. Dorn (F.D.P.) - die Ansicht, daß solche Anträge nicht jetzt, sondern entweder zur zweiten Lesung im Plenum oder zwischen zweiter und dritter Lesung gestellt werden könnten. Heute gehe es nur um die Einarbeitung der Zweiten Ergänzungsvorlage der Landesregierung in die Beschlußlage des Ausschusses vom 30. November 1989 und darum, ob der Ausschuß der Ergänzungsvorlage insoweit folgen wolle, daß er 132,7 Millionen DM statt den allgemeinen Schlüsselzuweisungen dem Ausgleichsstock zuweise. Das wolle der Ausschuß nicht. Bei § 4 Abs. 3 GFG gehe es darum, die vom Ausschuß bereits beschlossene Kürzung der Investitionspauschale um 30 Millionen DM wiederherzustellen, nachdem die Landesregierung ihren ursprünglichen Ansatz von 60,8 Millionen DM um 8 Millionen DM erhöht habe. Dies sei eine notwendige redaktionelle Anpassung an die Beschlußfassung des Ausschusses.

Abg. Schauerte (CDU) stellt daraufhin den weitergehenden Antrag seiner Fraktion - 68,3 Millionen DM für die Investitionspauschale nach § 24 Abs. 1 - für später zurück.

Der Vorsitzende stellt die aus dem Ausschußbericht Drucksache 10/4976 ersichtliche Beschlußempfehlung, die auf den Antrag der SPD-Fraktion (siehe Anhang zu Drucksache 10/4976) sowie auf die in der Drucksache 10/4900 dargestellten Beschlüsse zurückzuführen ist, zur Abstimmung. - Der Ausschuß nimmt diese Beschlußempfehlung, soweit mit ihr die ursprüngliche Beschlußempfehlung in der Drucksache 10/4900 abgeändert wird, einstimmig an.

Haushalts- und Finanzausschuß
69. Sitzung

06.12.1989
rp-mm

In der Schlußabstimmung wird der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 10/4602 und 10/4970 sowie Vorlage 10/2554 - unter Berücksichtigung der in der Drucksache 10/4900 dargestellten Ergebnisse und der heute dazu beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Zu 2: Haushaltsgesetz 1990

Der Vorsitzende trägt vor, nach Eingang der Zweiten Ergänzung zum Haushalt 1990 - Drucksache 10/4970 - (ausgegeben am 4. Dezember 1989) hätten folgende Fachausschüsse den Entwurf des Haushaltsgesetzes hinsichtlich ihrer Zuständigkeit und unter Einbeziehung der bereits gefaßten Beschlüsse - Drucksachen 10/4901 bis 10/4915 - erneut beraten:

Der Hauptausschuß habe in seiner Sitzung am 6. Dezember 1989 den Maßnahmen der Ergänzungsvorlage einstimmig zugestimmt. Erörtert worden sei, ob bei Kap. 02 020 Titelgruppe 73 - Deutschlandprogramm der Landesregierung - Tit. 653 73 - Zuweisungen für den kommunalen Bereich - mit einem Ansatz von 20 Millionen DM ein Sperrvermerk habe ausgebracht werden sollen. Da die Landesregierung zugesagt habe, den Hauptausschuß vor kassenwirksamen Verfügungen über diese Haushaltsstelle zu unterrichten, sei auf einen entsprechenden Antrag verzichtet worden.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge habe sich am 6. Dezember 1989 mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befaßt und ihm mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der CDU und der F.D.P. zugestimmt.

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung habe in seiner Sitzung am 5. Dezember 1989 dem Entwurf des Kap. 10 020 mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der CDU und der F.D.P. zugestimmt.

Die Beratungsergebnisse des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung seien aus den Vorlagen 10/2560 und 10/2561 ersichtlich (diese beiden Vorlagen sind dem Ausschlußbericht Drucksache 10/4975 beigeheftet).

Haushalts- und Finanzausschuß
69. Sitzung

06.12.1989
rp-mm

Der Berichterstattung des Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.) über die Beschlüsse des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung (siehe Vorlage 10/2561) entnimmt Abg. Trinius (SPD), daß das Wissenschaftsministerium zugesagt habe, für die von der Landesregierung in der Zweiten Ergänzung vorgeschlagenen Mittelverstärkungen andere Deckungsvorschläge vorzulegen, die die Forschungsförderung nicht tangierten. Gebe es solche Deckungsvorschläge?

Ministerialdirigent Dr. Danco (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) erklärt, Deckungsvorschläge könnten nur für die Ansatzserhöhungen bei Kap. 06 085 - Kulturwissenschaftliches Institut - Tit. 812 11 - Erwerb von Geräten usw. -, wo 100 000 DM zusätzlich vorgesehen seien, und bei Tit. 813 11 - Wissenschaftliche Literatur für den Aufbau der Bibliothek -, wo 75 900 DM mehr vorgesehen werden sollten, gemacht werden, und zwar aus Kap. 06 132 Tit. 891 10.

Abg. Trinius (SPD) sieht sich deshalb nur in der Lage, der Erhöhung der Ansätze bei den Tit. 812 11 und 813 11 zuzustimmen. Im übrigen müsse man dann den Beschlußempfehlungen des Fachausschusses folgen. - Nach dem Hinweis des Abg. Schauerte (CDU), daß damit Ansatzserhöhungen mit Deckungsvorschlägen außerhalb der Ergänzungsvorlage finanziert würden, was man seiner Fraktion bei der Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes soeben verwehrt habe, erklärt, dem zustimmend, Abg. Trinius (SPD), man müsse deshalb den Beschlußempfehlungen des Fachausschusses insgesamt folgen; denn der in der Ergänzungsvorlage vorgeschlagenen Deckung wolle seine Fraktion nicht zustimmen. Die SPD-Fraktion behalte sich aber vor, die ange deutete Deckungsmöglichkeit als Deckungsvorschlag in der Sitzung zwischen zweiter und dritter Lesung einzubringen.

Auf Fragen des Abg. Dorn (F.D.P.) zu Kap. 02 020 Titelgruppe 73 - Deutschlandprogramm der Landesregierung - Tit. 653 73 - Zuweisungen für den kommunalen Bereich - antwortet Finanzminister Schleußer, die dort ausgebrachten 20 Millionen DM sollten für die "Sonderaktion DDR-Hilfe" gebunden sein. Es seien keine Zuweisungen an die Gemeinden. Darüber sei gestern im Hauptausschuß diskutiert worden, und dort habe sich die Landesregierung bereit erklärt, daß im zuständigen Fachausschuß berichtet werde, bevor es zu Ausgaben komme.

Haushalts- und Finanzausschuß
69. Sitzung

06.12.1989
rp-mm

Auf den Einwand des Abg. Dorn (F.D.P.), daß die 20 Millionen DM wohl an falscher Stelle ausgebracht seien, wenn sie unter "Zuweisungen für den kommunalen Bereich" liefen, erwidert Finanzminister Schleußer, da eine Reihe von Titeln gegenseitig deckungsfähig sei und die Einzelpositionen überwiegend mit Strichansätzen ausgebracht worden seien, könnten die 20 Millionen DM je nach aktueller Entscheidung praktisch für jeden Zweck in der DDR ausgegeben werden. Man wolle keine Beschränkung der Mittel in eine bestimmte Zielrichtung, sondern eine breite Öffnung.

Abg. Schauerte (CDU) beantragt, die Erläuterungen zu der Titelgruppe 73 durch Einfügung der Worte "und demokratischen" wie folgt zu fassen:

Die Mittel sind vorgesehen für die Förderung der ökonomischen, ökologischen, wissenschaftlichen, technischen, sozialen und demokratischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik.

Abg. Trinius (SPD) spricht sich gegen eine solche Ergänzung aus. Der Respekt vor dem, was in der DDR geschehe, gebiete es, auf eine solche Ergänzung zu verzichten. Er meine, daß man der Bevölkerung in der DDR, die sich unter den Bedingungen eines stalinistischen Regimes mit sehr viel Besonnenheit und Augenmaß ohne sonstige Hilfe aus eigener Kraft Freiheit und Demokratie erstreite, keine politischen Vorgaben machen sollte. Den Eindruck, daß man ihr gegenüber so etwas wie ein Vormund sei, solle man an jeder Stelle vermeiden. Man wolle die demokratische Entwicklung, die vom Volk ausgehe, stützen und fördern. Das sei der Grundgedanke. Deshalb wolle man - wie es in den Erläuterungen heiße - bei der ökonomischen, ökologischen, wissenschaftlichen, technologischen und sozialen Entwicklung helfen.

Abg. Dorn (F.D.P.) spricht sich ebenfalls gegen die beantragte Ergänzung der Erläuterungen aus. Man solle sich hier nicht als Lehrmeister aufspielen.

Abg. Schauerte (CDU) bittet um Abstimmung über seinen Antrag, der vom Ausschuß mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. abgelehnt wird.

Haushalts- und Finanzausschuß
69. Sitzung

06.12.1989
rp-mm

Abg. Dorn (F.D.P.) kündigt für die zweite Lesung einen Antrag seiner Fraktion zum Einzelplan 02 an, weil die Landeszentrale für politische Bildung einer zweimaligen Bitte um ein Gespräch nicht nachgekommen sei und die zum Haushalt 1989 interfraktionell gegebenen Zusagen seiner Fraktion gegenüber nicht eingehalten worden seien.

Finanzminister Schleußer bemerkt, er höre zum erstenmal von dieser Entwicklung. Könne dadurch geholfen werden, daß er zusage, daß es zur dritten Lesung einen Vorschlag geben werde, der dem, was Abg. Dorn angedeutet habe, gerecht werde?

Abg. Dorn (F.D.P.) antwortet, wenn es von der Regierung eine solche Zusage und einen Vorschlag zur Veränderung einer Haushaltsposition gebe, würde er seiner Fraktion empfehlen, in der zweiten Lesung nicht auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Dem Vorschlag des Vorsitzenden, nach der Sitzung hierüber ein Gespräch mit den Obleuten der Fraktionen zu führen, stimmt der Ausschuß zu.

- - - - -

Abg. Trinius (SPD) wirft zu dem mit der Zweiten Ergänzung eingefügten Abs. 7 des § 6 des Haushaltsgesetzes - Sperrung der Titel der Obergruppen 51 bis 54 in Höhe von 3 % der Ansätze - die Frage auf, ob man von dieser Sperre die Tit. 519 und 521 im Einzelplan 14 mit einem Volumen von 355 Millionen DM nicht ausnehmen sollte. Dann müsse allerdings die Sperre von 3 % auf 3,5 % erhöht werden.

Finanzminister Schleußer schlägt vor, sich mit dieser Frage in der Sitzung des Ausschusses zwischen zweiter und dritter Lesung des Haushalts zu befassen. Dann lägen auch die vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Änderungen, die besonders die Medizinischen Einrichtungen betreffen und die er gern noch berücksichtigt sehen wolle, vor.

Auf die Frage des Abg. Schauerte (CDU), was die Landesregierung bewogen habe, die globalen Minderausgaben um 230 Millionen DM zu kürzen, antwortet Finanzminister Schleußer, der ursprüngliche Ansatz von 630 Millionen DM sei nur bei erhebli-

Haushalts- und Finanzausschuß
69. Sitzung

06.12.1989
rp-mm

chen Einsparungen auch bei den Personalausgaben zu erwirtschaften. Nun habe es aber eine Reihe von Entscheidungen gegeben, die den Zugriff auf Personalkosten als globale Minderausgaben nicht mehr wahrscheinlich erscheinen ließen. Deshalb habe man die globalen Minderausgaben auf einen Betrag zurückgenommen, der erreichbar sei, ohne daß Bewirtschaftungsmaßnahmen ergriffen werden müßten.

Auf eine Frage des Abg. Dorn (F.D.P.) weist Finanzminister Schleußer darauf hin, daß im Einzelplan 14 ein Betrag von 3 Millionen DM zur Mitfinanzierung einer Gedenkstätte in Israel vorgesehen sei. Die Landesregierung habe beschlossen, sich für die Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens einmalig mit diesem Betrag an der Errichtung der Gedenkstätte zu beteiligen. Der Betrag werde aus dem allgemeinen Steuerverbund durch Vorwegabzug von der Steuerverbundmasse 1990 zur Verfügung gestellt.

Auf eine Frage des Abg. Dorn (F.D.P.) zu dem im Kap. 10 020 mit einem Ansatz von 4,75 Millionen DM und einer Verpflichtungsermächtigung von 9,75 Millionen DM neu ausgebrachten Tit. 683 16 - Export von Umwelttechnologien und Umwelteinrichtungen in die UdSSR - berichtet Finanzminister Schleußer, aufgrund der Verhandlungen, über die berichtet worden sei, habe es Abschlüsse nordrhein-westfälischer Firmen über Lieferungen in die UdSSR gegeben. Da die Kosten der Hermes-Bürgschaften relativ hoch seien, sollten diese Hermes-Bürgschaften des Bundes durch die bei dem neuen Titel veranschlagten Titel subventioniert werden. Diese Subvention führe zu einer Verbilligung der Hermes-Bürgschaften um etwa einen halben Prozentpunkt.

Abg. Schauerte (CDU) äußert Bedenken gegen ein solches Verfahren, mit dem ein völlig neuer Subventionsweg eröffnet werde. Eine solche Subvention gehöre auch nicht in den Einzelplan 10, sondern - wenn überhaupt - in den Einzelplan 08. Diesem Weg könne seine Fraktion nicht ohne weiteres zustimmen. Er bittet um Auskunft, um welche Firmen und um welche Vorgänge es sich handle und wer bereits Zusagen gegeben habe.

Abg. Dorn (F.D.P.) hält den von der Landesregierung vorgesehenen Weg für einen gefährlichen Anfang einer Subventionspolitik des Landes. Seine Fraktion werde das nicht stillschweigend hinnehmen.